FDP Frankfurt am Main

FDP FRANKFURT LEHNT NEUES CRACK-ZENTRUM DIREKT NEBEN DEM HAUPTBAHNHOF AB

16.04.2025

Die Frankfurter FDP lehnt die Entscheidung, das Crack-Suchthilfezentrums in der Niddastraße anzusiedeln, zum jetzigen Zeitpunkt ab. „Mit großem Erschrecken“, so der Kreisvorsitzende Thorsten Lieb, „müssen wir feststellen, dass eine Entscheidung für den Standort eines Crack-Suchthilfezentrums in der Niddastraße vom Sozialdezernat vorbereitet und zeitnah getroffen werden soll, ohne auf die Bedenken und die Vorschläge der Anwohnerinnen und Anwohner und der Wirtschaft vor Ort einzugehen. Wir fordern eine überzeugende Gesamtlösung statt weitere Flickschusterei.“

Er führt des Weiteren aus: „Wir erkennen an, dass die Sozialdezernentin der Einschätzung zustimmt, dass man dringend tätig werden muss und an einer Lösung des Problems arbeitet. Aber politische Entscheidungen – insbesondere bei einer so sensiblen und konfliktbehafteten Frage – benötigen eine breite Akzeptanz und außerordentlich gute Kommunikation. Beides wurde hier sträflich vernachlässigt. Besonders erschreckend dabei ist, dass offenbar die direkt betroffenen Mieterinnen und Mieter der Liegenschaft völlig unvorbereitet und nicht informiert waren.“

Die Situation in der gesamten Frankfurter Innenstadt ist und bleibt herausfordernd. Lieb weiter: „Daher braucht es jetzt eine klare Strategie und Entscheidungen dazu, die vor allem das Frankfurter Bahnhofsviertel nicht noch mehr zum Anziehungspunkt für Süchtige machen, sondern eine Strategie für mehr Sicherheit und Sauberkeit und eine spürbare Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Frankfurter Bahnhofsviertel. Die Sozialdezernentin ist daher insbesondere aufgefordert, zusammen mit dem Land daran zu arbeiten. Wir müssen wieder dahin kommen, dass man sich gut und sicher im Bahnhofsviertel aufhält und sich darauf freut, über den Bahnhof nach Frankfurt zu

Abgerufen am 07.11.2026 unter https://fdp-frankfurt.de/?p=146514

kommen.“

Im Bahnhofsviertel leben rund 3.500 Menschen, etwa 23.000 Personen arbeiten hier und circa 2.000 Unternehmen sind im Viertel ansässig – darunter Großunternehmen wie Nestlé mit rund 1.500 Mitarbeitenden. Mit rund 50 Hotels und über 250 gastronomischen Betrieben ist das Viertel auch wichtiger Anlaufpunkt für Touristen und Geschäftsreisende.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende und Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst betont: „Der Aufschrei der Wirtschaft ist mehr als ein ernst zu nehmender Alarm. Lösungen und Ansätze müssen die Bewohner und die ansässige und angrenzende Wirtschaft mit einbeziehen. Eigentümer und Wirtschaft haben uns immer ihre Unterstützung zugesagt. Oberstes Ziel für die Stadt muss es sein, dass sich Frankfurter wie Besucher wieder sicher im Bahnhofsviertel aufhalten können. Das geht nur in einem engen Schulterschluss. Aus Sicht der Freien Demokraten muss das Vorgehen im Bahnhofsviertel grundlegend diskutiert werden. Wir gehen daher davon aus, dass der Vorschlag nur eine erste Option ist, die nun diskutiert werden wird, denn ein gemeinsames Vorgehen ist im Magistrat derzeit nicht abgestimmt. Die Frankfurter FDP wird dabei auch die Ideen der Eigentümerinitiative berücksichtigen und das Gespräch mit dieser über deren Vorschläge und konkrete Lösungen suchen. Außerdem werden wir innerhalb der Koalition einfordern, dass die Rahmenbedingungen im Viertel insgesamt besser werden. Insbesondere die Sauberkeit und verwahrloste Ecken muss die Stadt schleunigst angehen.“ Wüst abschließend: „Auf unserer Mitgliederversammlung am 5. Mai werden wir uns intensiv mit dem Thema auseinandersetzen. Ich freue mich auf diesen Austausch und eine klare inhaltliche Positionierung.“

Abgerufen am 07.11.2026 unter https://fdp-frankfurt.de/?p=146514